

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Kells 70 Pf., unter Umständen 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Nachrichten der Staatsfürsorgeverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsstellen der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 179

Dresden, Montag, 4. August

1930

Schnelle und nachdrückliche Strafverfolgung von Waffennisbrauch auch in Sachsen.

(S.) Das sächsische Justizministerium hat Anweisung gegeben, Strafverfahren wegen bewaffneten Auftretens im politischen Kampf auf schnellste und nachdrücklichste Weise durchzuführen. Für eine unaufschiebbare Vollziehung der verhängten Gefängnisstrafe ist gesorgt. Das politische Waffennisbrauch kann nicht auf Milde rechnen. Bewährungsstrafen werden vom Justizministerium nur in ganz besonderen Ausnahmefällen bewilligt werden. Geldstrafen sind nach der Verordnung des Reichspräsidenten unzulässig.

Preußen will 10000 Lehrerstellen einsparen.

Berlin, 4. August.
In einem Berliner rechtsgerichteten Blatt werden Mitteilungen über den Sparerlass des preussischen Finanzministers vom 1. Juli gebracht, der Sparmaßnahmen aus dem Schulgebiet vorsieht. Der Erlass ist bereits in den Lehrereinstellungen veröffentlicht. Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, treffen die Mitteilungen zu. In dem Erlass heißt es: Die Zahl der Volksschullehrer soll verringert werden, und es sollen Klassen zusammengelegt werden, um die Finanzen zu strecken. In einem dreijährigen Programm sollen 10000 Lehrerstellen durch Zusammenlegung von Schulen und Klassen erspart werden. Maßgebend ist dabei folgendes:

Wir haben gegenwärtig in Preußen rund 10200 Junglehrer, davon 7100 katholische und rund 3100 evangelische. Der Bestand an evangelischen Junglehrern wird im Jahre 1931, der an katholischen im Jahre 1936 aufgebraucht sein. Um das Tempo dieses Verbrauchs zu verlangsamen, müssen vermehrt pädagogische Akademien gebaut werden. Lehrernachwuchs wird in den nächsten Jahren in geringerer Umfange zur Verfügung stehen. Die Zahl der Schulkinder geht weiter zurück. Heute sind insgesamt in preussischen Volksschulen 4,3 Millionen Schulkinder gegenüber 6,5 Millionen in der Vorkriegszeit, allerdings unter Einschluss der abgetrennten Gebiete. Demgegenüber ist die Zahl der Lehrer von 117000 in der Vorkriegszeit, wieder unter Einschluss der abgetrennten Gebiete, auf 111000 gesunken, verhältnismäßig in geringerem Umfange als die Zahl der Schulkinder. Die Klassenfrequenz betrug in der Vorkriegszeit im Durchschnitt 63 gegenüber 38,7 heute. Alle diese Momente können nur zu dem Schluss führen, daß eine allmähliche Einsparung von Lehrerstellen ohne Anordnung irgendwelcher Härten durchaus möglich ist. Das Einsparungsprogramm soll sich auf 3 Jahre erstrecken. Der Erlass enthält übrigens nur Vorschläge, zu denen die Ressorts noch Stellung nehmen sollen, ohne daß damit weiter eine Entscheidung getroffen ist.

Die bayerische Schlichtsteuer durch Rotverordnung eingeführt.

München, 4. August.
Laut amtlicher Mitteilung hat das Finanzministerium des Freistaates Bayern auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde die Verordnung über die Einführung der Schlichtsteuer erlassen. Die Verordnung trägt die Unterschriften des Ministerpräsidenten Dr. Held sowie der Staatsminister Wiltner, Dr. Stäpel, Wolfenberger, Schaezle. Die Verordnung tritt vom 15. d. M. an in Kraft. Das Finanzministerium wird im Benehmen mit den beteiligten Staatsministerien die zum Vollzug der Verordnung erforderlichen Verfügungen erlassen.

Das italienisch-russische Handelsabkommen

Roslan, 4. August.
Zu dem in Rom unterzeichneten italienisch-russischen Handelsabkommen meldet die Telegrammagentur der Sowjetunion, das Abkommen ermögliche es der Sowjetunion, den Umfang ihrer Beziehungen in Italien zu vergrößern. Die italienische Regierung übernehme eine Kreditlinie in Höhe von 75 Prozent des Wertes der russischen Bestellungen.

Zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

Berlin, 4. August.
Über die Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten erfahren wir von unterrichteter Stelle:

Die Entwicklung der Reichsfinanzen hat dazu geführt, daß trotz steigender Arbeitslosigkeit für die Zwecke der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge in den letzten Jahren immer weniger Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Während im Haushaltsjahr 1929/30 nur noch etwa 77 Millionen für diese Zwecke vorhanden, für das neue Rechnungsjahr konnten nur noch 45 Millionen im Haushalt bereitgestellt werden, von denen aber ein erheblicher Teil allein für den Landarbeiterwohnungsbaubehuf benötigt wird. Andererseits hat das Reich aus den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge ein Vermögen von rund 400 Millionen RM. angehäuft, das in ausländischen Darlehensforderungen besteht. Es lag nahe, diesen Vermögensstock zu mobilisieren, um die öffentlichen Haushaltsmittel durch Anleihen zu ergänzen. In Zukunft sollen die Mittel der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge in derselben Weise vergeben werden, wie bisher. Für die Vergabe kommen nur in Frage ausschließlich rechtliche Unternehmungen, die gemeinnützigen Charakter haben. Zu dem Zweck der Anleiheaufnahme haben die Reichs-Kredit-Gesellschaft R.-G. und die Deutsche Bau- und Bodenbank D.-B. im Auftrage der Reichsregierung Verhandlungen mit ausländischen Geldgebern aufgenommen, die günstige Ausschichten eröffnen haben und namentlich vor dem Abschluß stehen. Dabei hat es sich als notwendig erwiesen, die Darlehensforderungen des Reiches, die als Grundlage der Anleihe dienen sollen, in eine Gesellschaft des privaten Rechts einzutragen, die als Schuldnerin der Anleihe und als Gläubigerin der inländischen Darlehen auftritt. Auf diese Weise wird es vorzuziehen sein, in den nächsten zwei bis drei Jahren etwa 180 bis 200 Mill. RM. Auslandsmittel herbeizuschaffen. Zu hierzu noch die eigenen Mittel der Gesellschaft kommen, die ihr aus Zinsen und Tilgungsbeträgen aus inneren Darlehen zufließen werden, wie sie in der Lage sein, in ausreichendem Maße Mittel für Bauarbeiten bereitzustellen. Dabei ist entgegen irdischen Pressenmitteilungen besonders darauf zu achten, daß der Zweck der Gesellschaft ist, wie eingangs erwähnt, die Fortführung der

Maßnahmen des Reiches auf dem Gebiete der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu ermöglichen, indem sie den Reichsanteil an der verstärkten Förderung für Landarbeiterarbeiten beschafft.

Der Aufsichtsrat wird demnach durch Persönlichkeiten der Wirtschaft und aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen ergänzt werden. Auch ist beabsichtigt, Vertreter des Reichstages und des Reichstages auszuwählen. Die Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Reiches, die durch den Stellungsbevollmächtigten im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Weisger, ausgeübt wird.

Die Gesellschaft wird ihre Tätigkeit in kurzer Zeit aufnehmen. Sie wird sich zunächst mit einem Programm von Rotlandarbeiten für die kommenden Monate zu befassen haben, für das sie etwa 50 Mill. M. auszugeben haben wird. Die Vorbereitungen sind bei den Landesregierungen und bei den Landesarbeitämtern bereits im Gange. Wesentliche Änderungen des Verfahrens werden nicht eintreten. Die Anleiheverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, aber ihr baldiger Abschluß ist zu erhoffen. Bis dahin wird mit Hilfe von Volkskreditoren gearbeitet werden.

Die Besprechung des Reichsanwalters mit den Industrieführern.

Berlin, 4. August.
Die Blätternachricht, daß heute nachmittags 5 Uhr der Reichsanwalt der Führer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in der Reichsanwaltschaft empfangen wird, ist, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, zutreffend, jedoch sind über die Tendenz der Besprechung in einer rheinischen Zeitung irrtümliche Mitteilungen gemacht worden. Die Besprechung wird nicht mit der vor einiger Zeit laufenden Aktion des Herrn v. Kaumer zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tun haben, auch nicht mit dem Konflikt in der Metallindustrie und mit den Richtlinien des Arbeitsministeriums für Vergütung von Ausländern des Reiches, sie wird lediglich eine Aussprache über die Preispolitik sein. Die Vertreter der Industrie haben um die Besprechung nachgefragt, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung in Fragen der Preispolitik zu orientieren, andererseits will die Reichsregierung sich auch über die Auffassungen unterrichten, die über dieses Problem in der Industrie herrschen.

Die Antwort der Volkspartei an Koch-Weser.

Berlin, 4. August.
Die „National-Liberale Correspondenz“, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, schreibt zu dem Briefe des Herrn Koch-Weser an Dr. Scholz:

Der Brief von Koch-Weser an Herrn Dr. Scholz bedeutet den völligen geistigen Zusammenbruch einer politischen Sammlungsaktion in der besonderen Form, wie sie von Herrn Koch-Weser aufgestellt und durchgeführt worden ist. Der parteiamtliche Führer Koch-Weser weiß sich nicht anders mehr zu helfen, als daß er seinen Vorkühn zur Verfügung stellt, nachdem sein Rücktritt bereits sehr deutlich von den verschiedenen demokratischen und sozialistischen Stellen und Persönlichkeiten in aller Öffentlichkeit gefordert worden ist. Es ist aber, gelinde gesagt, naiv, wenn Herr Koch-Weser, weil er gezwungen ist, nun auch den Rücktritt des Herrn Dr. Scholz fordert, obwohl diesem die gesamte Deutsche Volkspartei und vor wenigen Tagen noch der Reichsanwalt der Deutschen Volkspartei einstimmig das unzweifelhafteste Vertrauen ausgesprochen haben.

Die Deutsche Volkspartei habe jedenfalls keine Veranlassung, sich mit dem Rücktrittproblem zu beschäftigen, weil Herr Koch-Weser gezwungen ist, darüber hinaus wird die Deutsche Volkspartei, wenn sie die Volkspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammen-

fassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien hierüber zu verhandeln. Im übrigen ist auch die Behauptung von Herrn Koch-Weser falsch, daß die Deutsche Volkspartei jemals an eine Ausschlachtung der Volkspartei gedacht habe. Vielmehr hat die Deutsche Volkspartei, insbesondere Herr Minister Dr. Scholz, sich unerschrocken damit einverstanden erklärt, daß auch Herr Kauman an den Sammlungsverhandlungen teilnimmt, als Herr Koch-Weser einen solchen Antrag stellt.

Die Antwort des Demokratischen Zeitungsdienstes an die National-Liberale Correspondenz.

Berlin, 4. August.
Der Demokratische Zeitungsdienst veröffentlicht eine Entgegnung zu der Auffassung der National-Liberale Correspondenz zu dem Briefe von Dr. Koch-Weser an Dr. Scholz. Er bezeichnet diese Auffassung als gefällig und verblendet und erklärt, die Deutsche Volkspartei könne trotzdem damit zufrieden sein, was sie in ihrem letzten weitberühmten Appell festgestellt hat: wie unmöglich es ist, mit Politikern, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen, zu einer Verständigung zu gelangen.

Austritt aus der Volkspartei.

Berlin, 4. August.
Wie der „Montag“ aus Stuttgart meldet, beschloß der Vertretertag der Deutschen Volkspartei Württembergs mit 51 gegen 45 Stimmen, den langjährigen Reichstagsabgeordneten und Führer der Partei in Württemberg, Hofrat Bides, als Kandidaten für den kommenden Reichstag nicht wieder aufzustellen. An seiner Stelle wurde Reichstagsabgeordneter Reinath-Berlin als Spitzenkandidat gewählt. — Reichstagsabgeordneter Bides hat infolge dieses Beschlusses an den Landesparlamentarier der Deutschen Volkspartei Württembergs Staatsrat Koch folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs hat heute mit einer Mehrheit von fünf Stimmen ohne irgendwelche Begründung sich gegen mich entschieden und — ein in der Geschichte der Reichstagsfraktion der D. Vp. bisher einzig dastehender Fall — meinen jetzigen Fraktionskollegen Reinath, angelehnt mit dessen Zustimmung, als Spitzenkandidaten der Reichstagsliste aufgestellt. Nach Kenntnis der Vorgänge, die zu diesem Ergebnis geführt haben, ist es mir aus Gründen der Selbstachtung unmöglich, länger der D. Vp. anzugehören. Ich sehe mich deshalb zu meinem Bedauern gezwungen, hiermit meinen Austritt zu erklären und damit aus einer Partei auszuscheiden, der ich ein Menschenalter hindurch jederzeit opferbereit und treu zu dienen bemüht war.“

Bides gehörte über 30 Jahre der National-Liberalen Partei, später der Deutschen Volkspartei Württembergs an. Er ist einer der Mitbegründer der Volkspartei. Der organisatorische Aufbau war in der Hauptsache sein Werk. Bides galt bisher als eigentlicher Repräsentant der Partei in Württemberg. Mitglied des Reichstages war er seit 1924.

Landesausschussung der bayerischen Reichsnationalen.

München, 4. August.
Der Landesausschuss der Reichsnationalen der Volkspartei nahm eine Entschliessung an, in der es heißt: Die Reichsnationale Partei in Bayern und im Reich trete geschlossen für ihre alten Grundsätze ein. Sie läßt in der Rettung der deutschen Landwirtschaft die dringende Forderung des Tages. In Übereinstimmung mit den von Dr. Eugenberger aufgestellten Richtlinien werde die Reichsnationale Volkspartei in Bayern in den Wahlkampf unter der unanveränderlichen Parole ziehen.

Entschliessung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler.

Kassel, 5. August.
Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hielt gestern in Kassel eine Vertreterversammlung ab, um zu der Frage der Staatspartei Stellung zu nehmen. Es waren etwa 100 Delegierte von sämtlichen Ortsgruppen der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler erschienen. Das Ergebnis der ganzstündigen Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Entschliessung:

„Breiteste Schichten des Deutschen Volkes sind der Parteireis müde und fordern die Sammlung aller Deutschen, die in nationaler Disziplin und Verantwortung gegen die Staatsverneinung stehen. Die Erfüllung dieser Volksehnen ist die besondere Aufgabe, die in dieser geschichtlichen Stunde der jungen Generation zufällt.“

Als ihre Vorkämpferin hat die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler dafür zu sorgen, daß die große Sammlung dringende Parteibewegung der Mitte nicht vorgeht und daß nicht einheitliche Teilösungen die geforderte Gesamtlösung unmöglich machen.

Diese Sammlung darf nicht an Regieschlechtern und Mißgriffen scheitern. Wenn die neu gegründete Deutsche Staatspartei und die in ihr vorhandenen jungen Kräfte energisch gewillt sind, nach den verschiedenen Entschliessungen ihrer Gründer zu einer wahren Sammlung beizutragen, so wird auch sie neue Wege zu Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei finden.

Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler wird jeden Versuch einer Verständigung fördern. Sie erwartet dabei, daß die Staatspartei der Notwendigkeit, sich in die beabsichtigte große Parteifront einzufügen, nicht entgeht. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler bejaht den von der Deutschen Volkspartei in dieser Richtung unternommenen Versuch. Sie wendet sich